

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.61.15-KJ/BUG

Bern, den 7. August 1991

NOTIZ AN HERRN STAATSSSEKRETÄR JACOBIDer politische Charakter der Weltwirtschaftsgipfel

Nach dem 17. Weltwirtschaftsgipfel besteht Einigkeit in der Ansicht, dass diese Treffen zusehends von der Diskussion weltwirtschaftlicher Fragen zur Behandlung weltpolitischer Fragen übergegangen sind. Mit dem jüngsten Gipfel in London scheinen letztere endgültig in den Vordergrund getreten zu sein.

1. Gründe für die Politisierung der Weltwirtschaftsgipfel1.1 Der Verlust wirtschaftspolitischer Expertise

Initiator des ersten Gipfels von Rambouillet im Jahre 1975 war der damalige französische Staatspräsident Giscard d'Estaing. Mit Bundeskanzler Helmut Schmidt bildete er ein Tandem von Staatsmännern, die über ein überdurchschnittliches Mass an wirtschaftspolitischer Expertise und entsprechendem Einfluss verfügten. Von ihren jeweiligen Nachfolgern und den übrigen Staaten- und Regierungschefs kann dies heute nicht behauptet werden. Die Einbusse wirtschaftlicher Expertise drückt sich auch in der Form der Gipfel aus. Aus dem ursprünglichen Kaminfeuergespräch ist eine internationale Konferenz mit umfangreichen und hochbestückten Delegationen geworden.

1.2 Das wirtschaftliche Wachstum

Nachdem der erste Gipfel in Rambouillet im Gefolge der vom Erdölschock verursachten Rezession einberufen wurde, haben die 80-er Jahre den am Gipfel beteiligten Staaten die längste wirtschaftliche Wachstumsperiode nach dem Zweiten Weltkrieg beschert. Die möglichen Verteilungskämpfe (Japan) unter den Gipfelteilnehmern

blieben daher in einem kontrollierbaren Rahmen. Die grundsätzliche, wenn auch nicht tatsächliche, Uebereinstimmung bezüglich der Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Tätigkeit (Freihandel) dürften dazu beigetragen haben, dass wirtschaftspolitische Themen in den Hintergrund gerieten.

1.3 Die Interdependenz zwischen Politik und Wirtschaft

Dass Politik und Wirtschaft nicht zu trennen sind, ist eine Binsenwahrheit. Immerhin kann festgestellt werden, dass einige der in engerem Sinne nicht wirtschaftlichen Themen, die von früheren Gipfeln behandelt wurden, z.B. AIDS, Umwelt und Drogen, für einige westliche Staaten volkswirtschaftlich unmittelbar erheblich sind.

2. Die Weltwirtschaftsgipfel als Weltdirektorium

Das Europäische Konzert, das aus dem Wiener Kongress von 1815 entstand, war eine Konstellation von Staaten, die ihre Politiken zur Erhaltung der dynastischen Legitimität miteinander abstimmten. Diese war das einzige gemeinsame Element, das die europäischen Grossmächte der damaligen Zeit ihren grundsätzlich antagonistischen Machtinteressen überordneten. Die G7 erscheint als eine dem Europäischen Konzert ähnlich lose Form von Zusammenarbeit zwischen Grossmächten, die sich auf die Legitimität des hohen Bruttosozialproduktes stützt. Wie dieses hat die G7 von Anfang an eine grundsätzlich konservative Zielsetzung, nämlich die Erhaltung des internationalen Systems, das ihren Wohlstand begründet und in welchen sich die Marktwirtschaft entfalten kann. Diese politische Zielsetzung verfolgt die G7 mit wirtschaftlichen Massnahmen, sei dies mittels Geldpolitik, Entwicklungshilfe, Energiebewirtschaftung oder irgendwelchen anderen im weitesten Sinne wirtschaftlichen Instrumenten. Es ist nicht zu verkennen, dass die wirtschafts- und finanzpolitischen Diskussionen immer einem übergeordneten (macht)politischen Ziel dienen. In diesem Sinne war der Gipfel von Rambouillet im Jahre 1975 nicht mehr und nicht weniger "politisch" als derjenige von London 1991.

Durch den Wegfall der Bedrohung des marktwirtschaftlichen Systems infolge des Zerfalls der kommunistischen Herrschaft in der Sowjetunion und in Osteuropa ist die defensive Komponente der Weltwirtschaftsgipfel in bezug auf die strategische und ideologische Auseinandersetzung zwischen Ost und West überflüssig geworden. Die G7 kann sich daher als Hüter der wahren wirtschaftlichen Lehre und als Träger weltweiter Macht legitimiert sehen.

Die sowjetischen Bemühungen, zu diesem Konzert der Mächte zu stossen, unterstreicht diese Wahrnehmung. Dabei sind die sowjetischen Motive sowohl wirtschaftlich als auch politisch:

- Den enormen Bedarf der Sowjetunion an wirtschaftlicher und finanzieller Unterstützung können nur die wirtschaftlichen Grossmächte, möglichst gemeinsam, decken.
- Die sowjetische Führung steht unter innenpolitischem Druck zu beweisen, dass die Sowjetunion nach dem "Verlust" Osteuropas nach wie vor eine Weltmacht ist. Der Beleg dafür ist die Mitgliedschaft im Club der Grossmächte, der G7.

Die G7 ihrerseits wird im Interesse der Stabilität des internationalen Systems die Sowjetunion in das Machtkonzept einbauen wollen.

Es kann daher kein Zweifel darüber bestehen, dass die Weltwirtschaftsgipfel zu einem machtpolitischen Instrument werden können.

3. Die machtpolitischen Grenzen der Weltwirtschaftsgipfel

Die Umwandlung der Weltwirtschaftsgipfel in ein eigentliches Weltdirektorium setzt Einigkeit unter den einzelnen Mitgliedern voraus. Es ist nicht zu übersehen, dass die Macht- und wirtschaftlichen Potenzunterschiede unter den 7 + 1 bedeutend sind. Daraus resultieren unterschiedliche Interessen. Diese artiku-

lieren sich namentlich in bezug auf die faktische Umsetzung der Macht.

Um in Konflikt- und Katastrophenfällen die Stabilität des internationalen Systems zu gewährleisten, sind gemeinsame materielle Mittel notwendig. Diese könnten zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur im Rahmen der UN mobilisiert werden (Golfkrieg). Die politische Führung der UN ist mit den 7 + 1 nicht deckungsgleich. Sowohl Bemühungen zur Stärkung der UN als auch solche zum Aufbau eines mit materiellen Mitteln ausgestatteten Weltdirektoriums werden daher nicht die Unterstützung aller Mächte haben. Es ist eine Erfahrung, vielleicht sogar ein Axiom der Geschichte, dass Abstimmungen unter Grossmächten nie so perfekt sind, als dass sie lokale Konflikte verhindern oder effektiv lösen könnten. Diesem Umstand - nämlich dem Ausscheren Grossbritanniens aus dem Europäischen Konzert - verdankte letztlich der schweizerische Bundesstaat nach dem Sonderbundskrieg seine Existenz.

4. Schlussfolgerungen

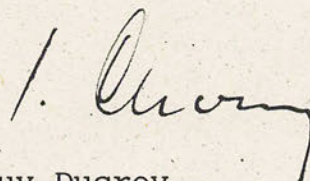
Die gegenwärtig feststellbare Entwicklung der Weltwirtschaftsgipfel in Richtung eines (macht)politischen Instrumentes entspricht dem Bedürfnis der Wirtschaftsmächte nach Stabilität des internationalen Systems, das durch die Auflösung formeller Bündnisse in Bewegung geraten ist. Als Mittel der Stabilisierung stehen wirtschaftliche Massnahmen im Vordergrund (Finanz- und Wirtschaftshilfe an Osteuropa und die Sowjetunion, Katastrophenhilfe in Hungergebiete der Dritten Welt, Vermeidung von Umweltkatastrophen etc.). Ansätze zum Gebrauch politischer bzw. militärischer Mittel sind vorhanden (Golfkrieg, Verstärkung der UN), dürften aber letztlich an den unterschiedlichen Interessen der 7 + 1 scheitern.

Die Optimierung der wirtschaftlichen Mittel zur Erreichung politischer Ziele wird nach wie vor die wirtschaftspolitische

- 5 -

Expertise eigentlicher Weltwirtschaftsgipfel erfordern. Die gegenwärtige Entwicklung muss daher nicht als endgültiger Durchbruch zum Politischen gesehen werden.

DER CHEF DES
POLITISCHEN SEKRETARIATS

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'G. Ducrey', written in a cursive style.

Guy Ducrey

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.61.15 - KJ/BUG

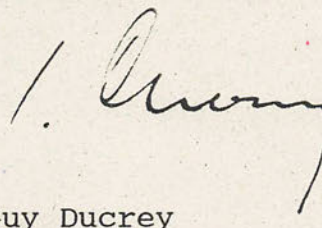
Bern, den 16. August 1991

- Geht an:
- BAWI, Entwicklungsdienst
 - EDA/EVD, Integrationsbüro
 - Sekretariat JAC
 - Politische Abteilung I
 - Politische Abteilung II
 - Politische Abteilung III
 - Finanz- und Wirtschaftsdienst
 - Botschaften: London, Bonn, Paris, Rom,
Ottawa, Tokyo, Washington, Brüssel Mission EG

Bundesamt für Aussenwirtschaft	
No.	
EE	M. 155
R	20. AUG. 1991
Kopie an	led

In der Beilage finden Sie die Kopie einer auf Wunsch von Staatssekretär K. Jacobi verfassten Notiz über den politischen Charakter der Weltwirtschaftsgipfel. Darin wird die Ansicht vertreten, dass die Gipfel von Anfang an (macht)politischen Zielen dienen und daher derjenige von London nicht als definitiver Durchbruch zu einer politischen Veranstaltung gewertet werden sollte. Die Assoziierung der Sowjetunion unterstreicht allerdings den machtpolitischen Charakter. Eine qualitative Veränderung der Weltwirtschaftsgipfel würde die europäische politische Union bringen.

DER CHEF DES
POLITISCHEN SEKRETARIATS



Guy Ducrey